

Neue Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 205

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Provinz monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 im Voraus.
Post Nr. 201 monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 4,00, außer Postgeb.
Verkaufspreis: Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608—5610.
Gefäßliche Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 0280.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Heyde, Halle-Saale.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 23. April

Anzeigenpreis: Die erste Zeile 50 Pfg., Gelagselbeitsanzeigen 20 Pfg., 10% Zuschlag.
Zusätzliche 16 Zeile 65 Pfg., — Kleinanzeigen 10 Pfg., — Rabatt nach Tarif.
Gefäßliche Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 0280.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Heyde, Halle-Saale.

Anhaltender Geschützkampf an der italienischen Front

Der jüngste Feindstieß

Berlin, 22. April. Dem Staatssekretär des Reichsdrucksachamts sind gestern nachfolgende Telegramme eingegangen:

1. Vom Reichsstatthalter Grafen von Hertling:
Euer Excellenz übermittele ich zu dem mir gestern mitgeteilten vorläufigen Berichtsergebnis der letzten Kriegsanleihe meine herzlichsten Glückwünsche. Das deutsche Volk hat sich durch diese, alle bisherigen Kriegsanleihen weit übertreffende Ausgabe von Geldmitteln dem im Felde kampfenden Heere wichtig an die Seite gestellt. Beide zeigen der Welt, wie sehr sich unsere Feinde getäuscht haben, als sie glaubten, unser Friedensangebot als Zeichen unserer Schwäche auslegen zu dürfen. Graf Hertling.

2. Vom Generalfeldmarschall von Hindenburg:
Euer Excellenz spreche ich für die Mitteilung über das außerordentliche Ergebnis der 8. Kriegsanleihe meinen Dank und zu dem außerordentlichen Erfolg meine herzlichsten Glückwünsche aus. Dieser Feindstieß bietet der Welt einen beweisenden Beweis von Deutschlands Kraft und Siegesgewissheit.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

3. Vom österreichischen Finanzminister Freiherrn von Wimmer:
In aufrichtiger Bewunderung des herrlichen Erfolges der achten deutschen Kriegsanleihe bitte ich Euer Excellenz, meine warmsten und herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen zu wollen.

Finanzminister Freiherr von Wimmer.

Holland und die Friedensfrage

Haag, 22. April. In der Antwort auf den Kommissionsbericht in der ersten Kammer über das Budget des Ministeriums führte die holländische Regierung über die Friedensbewegung u. a. aus: Die Idee eines Stützpunktes wird von der Regierung nicht verfolgt. Der Vertrag einer Liga zur Erzeugung des Friedens wird jetzt in der Kommission beraten, die seinerzeit zur Vorbereitung einer dritten Friedenskonferenz, ernannt wurde. Ueber die westindischen Kolonien besagt die Denkschrift, daß die in den Vereinigten Staaten zur Sprache gekommenen Verhandlungen über den holländischen Besitzungen in Südamerika der Aufmerksamkeit der holländischen Regierung nicht entgangen sei. Ueber die russische Staatsbank wird u. a. mitgeteilt, daß der holländische Gesandte in Berlin von Auftrag erhalten habe, anzugehen, ob nicht durch die deutsche Regierung bei der Ukraine eine für die niederländischen Wirtschaftlichen betriebliehen Stützungen zu finden wäre. Ferner wird mitgeteilt, daß angesichts des Reizungs erregenden Zustandes in Ostland die Lebensmittelfuhr nach Ostland fast eingeschränkt, wenn nicht völlig eingestellt werden müsse.

Deutsch-holländische Verhandlungen

Berlin, 22. April. Zur Erneuerung des am 31. März abgeschlossenen Wirtschaftsvertrages finden derzeit zwischen Deutschland und Holland Verhandlungen statt auf der Grundlage, daß beiderseitige Rohstoffe und Holz, holländischeres Vieh, deutsches Getreide, Butter, Reis, Gemüse und Fett geliefert werden sollen. Ferner finden zwischen einer deutschen und einer holländischen Kommission derzeit Verhandlungen statt zur Durchführung einer Vereinbarung betreffend den Austausch von in Holland liegenden holländischen Schiffsräumen gegen Schiffe, die sich in der Ostsee befinden und zur Fahrt mit Getreide nach Holland bestimmt sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird voraussichtlich in wenigen Tagen der holländischen Regierung übermittelte werden.

Die verzögerte Unterzeichnung des rumänischen Friedensvertrages

Berlin, 22. April. Die Verzögerung in der Unterzeichnung des rumänischen Friedensvertrages hat seinen Grund darin, daß ein Reichsministerkrieg führen und daß die für den endgültigen Abschluß des Krieges notwendigen Unterzeichneten aller Beteiligten so schnell nicht herbeizuführen sind.
Die Berliner Meldung wird ihren Zweck, Auffklärung zu bringen, schließlich erreichen. Wir führen doch mit Rumänien überhaupt keinen Krieg mehr, sondern haben bereits den Vorarbeiten abgeschlossen. Im Verlaufe einiger Wochen hätten doch wohl die Unterschriften aller Beteiligten herbeigeführt werden können. Es ist nicht anzunehmen, daß je etwas Wichtigeres zu betätigen hatten, als diese Unterschrift.

Mobilisationspläne in Mexiko

Washington, 19. April. (Reuters.) Parshall General Crawford hat die Mobilisationspläne aller Divisionen zwischen 18 und 50 Jahren in einem kürzlich veröffentlichten Bericht empfohlen. Der Plan, der dem Kongress unterbreitet werden wird, ist voraussichtlich die Mobilisation des ganzen Volkes für Kriegszwecke und was die Regierung inhand lassen, sich mit dem Vorgehen zu beschäftigen und in dem weiteren nächsten Subjektiv Minister durch Frauen zu ersetzen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 22. April, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalkstabsbericht

Wien, 22. April. Amtlich wird verlautbart:
Der Geschützkampf an der Tiroler Südfrent und in den Sieben Gemeinden hielt an.

Der Chef des Generalkstabs.

Zum Heimgang des Herzogs von Anhalt

Dessau, 22. April. Staatsminister Dr. von Lange teilt dem Heimgang des Herzogs mit folgenden Worten an: „Es hat Gott gefallen, Seine Hoheit den durchlauchtigsten Herzog und Herrn Friedrich II., Herzog von Anhalt, gestern abend gegen 7 Uhr im Alter von 61 Jahren an diesem Leben abzugeben. Mit dem Herzoglichen Hause betraute das ganze Volk in tiefstem Schmerz den so frühen Heimgang des allerberechtigten, unvergesslichen Herzogs, eines Fürsten, dessen Herz in treuer Liebe an seinem Lande und seine Hand und seinen edlen Sinn während einer vierzigjährigen, durch Gerechtigkeit und Milde ausgezeichneten Regierung ununterbrochen darauf gerichtet war, die Wohlthat des Landes zu fördern, Kunst und Wissenschaft zu pflegen und den Armen und Bedrängten beizuhelfen. Sein Andenken wird in Egen bleiben!“

Kaisersruhe, 22. April. Prinz Max von Baden hat sich heute infolge des Rücktritts Dr. Hülers des Herzogs von Anhalt nach Berlin begeben.

Armeeunter

Berlin, 22. April. Eine Sonderausgabe des Armeekorrespondenzblattes veröffentlicht folgende Mitteilung: „Angelegenheit des verstorbenen Herzogs Friedrich II. von Anhalt, Koopt. Um das Andenken des dahingegangenen Generals der Kavallerie Herzogs von Anhalt, Koopt. und Chef des Anhaltischen Infanterie-Regiments Nr. 93 und 4. a. die suite des Garde-Dräger-Regiments Königin Viktoria von Großbritannien und Irland zu ehren, bestimme ich: 1. Die Offiziere des Standortes des Regiments Anhalt schicken sich der Landwehrtruppe an. 2. Die Offiziere des 1. Garde-Dräger-Regiments legen auf acht Tage Trauer an, soweit es die gegenwärtigen Verhältnisse gestatten. 3. In den Trauerfeierlichkeiten haben teilzunehmen: Der stellvertretende kommandierende General des 1. Garde-Korps und der Führer der Garde-Einheiten des 1. Garde-Dräger-Regiments. Ich beauftrage Sie, Befehlendes der Armee sogleich bekannt zu geben.“
Großes Hauptquartier, 22. April 1918. Wilhelm.

Versehung eines italienischen Dampfers

Rom, 22. April. Der Dampfer „Arzobispo“, der den Dienst zwischen Sardinien und dem Festland vertritt, wurde am 17. März um 10 Uhr 20 Minuten nach Tortona abgefahren und verfeuert. Der Marineminister ordnete eine strenge Untersuchung an, um die Umstände der Versehung und die Vergütung beim Rettungsdienst feststellen zu lassen. Die Untersuchung ergab, daß der Kommandant des Schiffes, das den Auftrag hatte, die „Arzobispo“ zu begleiten, für die Versehung verantwortlich zu machen ist. Er wird demzufolge für das Marinekriegsgericht gestellt werden. Außerdem ist bei der großen Bedeutung des Verkehrs zwischen Sardinien und dem Festland ein Nachsicht erwidert worden, um eine weitere Untersuchung über dieses furchtbare Ereignis anzustellen, nicht das unmittelbarste Maßnahmen getroffen, um eine größere Sicherheit der Verbindung zwischen Sardinien und dem Festland zu ermöglichen.

Englische Bewidmungsbereiche

London, 22. April. Meisters Sonderkorrespondent hat der englischen Armee überbracht, daß er zu der Ansicht gekommen ist, daß der weitest größte Teil des Ozeanins an Ozean, die furchtbare Ereignisse anfallen, nicht das unmittelbarste Ergebnis ihrer Angriffe, sondern eine Folge des strategischen Rückganges der Engländer ist.

Der „strategische“ Rückgang der Engländer war doch aber wohl das unmittelbare Ergebnis der deutschen Angriffe.

Der Widerstand gegen die Dienstpflicht in Irland

Amsterdam, 22. April. Das Allgemeine Landesparlament in London: Man schätzt die Zahl der Personen in Irland, die sich durch die von den Bischöfen und politischen Führern vorgeschriebene Weisung zum Widerstand gegen die Dienstpflicht verpflichtet haben, bereits auf etwa drei Millionen.

In Irland hoch schon Blut

Berlin, 23. April. Eine Polizeikommission am Bahnhof Zoologischer Garten wurde von den Sinnfremden angegriffen, die den anwesenden Soldaten die Waffen abhandeln wollten. Andere Soldaten kamen hinzu und feuerten auf die Sinnfremden. Ein junger Mann wurde getötet und ein anderer tödlich verwundet.

Frankreichs verlorene Schlachten

Von Dr. R. L. Freiherr von Maday.

Die merkwürdige, stets an lebensgefährlichen Angriffen bereizte Gemütsart Clemenceaus, die ihm den Spitznamen des „Tigers“ eingetragen hat, scheint mit dem Alter sich immer mehr zu erhitzen, statt abzukühlen. Franzosen und Engländer erleiden an der Somme, Dije und bei Arras entsetzliche erschütternde Niederlagen; Paris selbst steht jetzt Wochen unter dem Feuer deutscher Geschütze und Hochs berühmte Operationsarmee demüht sich in nutzlosen Abwehrkämpfen. In dieser Notlage kommt der Ministerpräsident auf die Idee, die militärischen Scharren durch einen diplomatischen Triumph auszuweihen. Der Inhalt dazu war gefast, das gewöhnliche Werkzeuge noch fester. Graf Cernin hatte in nächster Woche festgelegt, Clemenceau habe unter dem Band über die Grundlagen eines Friedensausdrucks anfragen lassen, worauf ihm die Antwort zuteil geworden sei, die erste Voraussetzung habe der Verzicht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen zu bilden. Daraufhin wurde der Tiger, der loeben den Defaitisten an die Kette gesprungen war, sofort ausfallen und arabisch: Cernin habe gelogen. Der Schimpf, hat immer unrecht. Der Ministerpräsident wird sofort von seiner geringeren Seite als von seinem Vorgänger, Rainlews, der an moralischem Ansehen turmhoch über ihm steht, der Unrichtigkeit seiner Angaben überführt, befindet sich aber einmal auf der schiefen Bahn und gleitet darauf weiter. Ein gefährlicher Brief soll ihn retten. Der Gebrauch solcher verfeilter Waffen zur Erzielung eines ungewissen Gewinns war in der Diplomatie alten Stils, namentlich am Hof Ludwig XIV., bei der Staatskunst in der Welt der geistigen Größe, der Schminke, des Anders und der fittlichen Niederlichkeit sein Bad bläute und doch sehr bald allen Federbüschel verlor, wenn er nicht bei Kammerdienern und Publikum sich beliebt zu machen verstand, geradezu an der Tagesordnung. Das letzte berühmte gewundene Manöver dieser Art ist jenes von der Prinzessin Waldemar von Dänemark in Petersburg zu dem Zweck angezettelt. Bismarck bei Alexander III. einer treulosen und hinterhältigen Politik zu verdächtigen. Das ausgerechnet heute Clemenceau auf demselben Weg wandelt wie die Lötin aus dem Saule Orleans, ist allerdings eine Verwundbarkeit für sich; wurde er doch in den Anfängen seiner Tätigkeit als Ministerpräsident selbst das Opfer eines solchen Angriffs; der Doffer Norton, durch den ihn Dorewilde in der Zeit des Panamakanals als Stilling Englands hinfiel, war gefast, was den Angegriffenen nicht bevor rettete, mit Schimpf und Schande aus dem Palais Bourbon ausgehoben zu werden. Die heutige Fälschung des „Sixtinsbriefes“ ist kaum viel gefährlicher als jenes Manöver. Jedem Nachdenklichen mußte es sofort mehr als unwahrscheinlich erscheinen, daß Kaiser Karl eine Tage, bevor er zu Kaiser Wilhelm reiste, um mit diesem wichtige Bundesangelegenheiten zu besprechen, und in der Zeit der Ministerpräsidentenschaft des beneideter deutsch-fremdlichen Grafen Tisa ein derartiges Schreiben an seinen Schwaiger gerichtet haben sollte.

Clemenceau hat es offenbar für ein leichtes Ding gehalten, Infrakt ins Feld der Weltmächte und ihres Bündnisses zu ziehen, weil er Österreich-Ungarn danach beurteilt, was ihm landesverräterische, nach der Seine ausgemerkte Tischen in der Presse aufklüffern, und weil er die Waffenbrüderlichkeit zwischen Berlin und Wien mit dem gefälschten Aufkommen der Entente auf eine Stufe stellt. Repeating hat unlängst berednet und offenberig bekannt, daß der Gefahrlauf der britischen Toten und Verwundeten nicht größer sei als die Zahl der französischen Toten allein. Deutlicher kann, wenn man bedenkt, daß die Arme des Königreichs ebenso hart ist wie diejenige der Republik, das Verhältnis der Leistungen zwischen den beiden Verbündeten nicht ins Licht gestellt werden. Frankreich verliert sich und der Arme moart es nicht einmal mehr, den Seiden mit dem Sinn, auf die eigene Kraft zu treffen, sondern vermeist ihn, selbst verzweifelt, auf die amerikanische Hilfe. Schon im Sommer vorigen Jahres als General Pershing der amerikanischen Kommission des Noten Kreuzes auf die Arme, wie es ihm mit seiner Arme oche und wie sie ihre Oberer am besten verwenden sollte, die charakteristische Antwort: I am getting on, but, for Heaven sake, buck up the French (Es geht vorwärts, aber um des Himmels willen, macht den Franzosen Mut). Unterdessen hat sich aber auch dieser Trost als Seifenblase erwieken: während heute eine Million amerikanischer Soldaten auf französischem Boden stehen sollte, ist in Wirklichkeit nicht ein Viertel dieser Zahl, und das Weite davon in einflusslosen Kampfunfähigem Zustand, übers Meer verfrachtet worden.

Dafür haben sich die Götze an der Meeres Welt in anderer Weise nützlich gemacht. Unter der künftigen Ministerpräsidentenschaft Rainlews erhoben bekanntlich die

Royalisten das Haupt kühner denn je. Clemenceau übernahm die Präsidentschaft in der Überzeugung, daß unter seiner Führung nicht nur der äußere Friede wieder hergestellt werden würde, sondern auch im Innern dramatische Kämpfe wieder hergestellt werden müßten, wobei ihm insbesondere die Kollisionsgefahr zwischen den radikalen „Rechtsfrancois“ und den alten „Linken“ als größte Gefahr erschien. Die in jener Zeit des Kampfes um den Dohier-Nerton als Vaterlandsverteidiger mit dem Schimpfwort „vendu à l'Angleterre“ verfolgt hatten. Das Risiko seiner staatsmännischen Klugheit steht aber heute auch in dieser Richtung fest. Die berühmte Jahresmesse der „Kriegsblätter“ am 21. Januar zum Anknüpfen an den Todestag Ludwig XIV. gestaltete sich zu einer herausfordernden Kundgebung; nicht nur Tausende von Offizieren, sondern auch die ganze amerikanische Kolonie nahmen an ihr teil! Ob der Paneeur nun aus dem vollen Schwere des Kampfes oder aus Verlegenheit seiner erst demokratischen Gesinnung mitmischte, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls besaßen alle politischen Parteien, daß die drausige Vermittlung des politischen Lebens an der Spitze von „An und Tag“ besser wird. Die Maßregeln Clemenceaus leiten jeden Republikaner, der nicht nach ihrer Absicht tanzt, hinter Schloß und Riegel, wenigstens aber nicht die Monarchisten anzuwerben und noch weniger gegen die Einflüsse Fremder ihr zur Wehr zu setzen, die sich in Paris einmischen und die Gaffraumbücherei durch Beteiligung an den arbeitenden Untrüben von unten und oben misshandeln.

Wenn die Eigentümlichkeit der Nennung Clemenceaus besteht darin, daß die radikalste Bewegung ihre stärkste mittelbare Stütze in der Unaufrichtigkeit der sozialistischen Massen findet. Die Bewegung im proletarischen Lager wird immer bedrohlicher, namentlich, wie es der dreitägige „Kongress“ in Südfrankreich, der Ende Februar in Paris abgehalten wurde, zeigt. Die Vertretung sämtlicher sozialistischen Gruppen bewies, daß zwischen der Arbeitererschaft und dem Ministerpräsidenten die alte unversöhnliche Erbitterung herrscht. In dem, was von der Zentral-Kommission unterrichtet wurde, daß der Regierungssozialismus von den Arbeiterkreisen vollständig aufgegeben wird. Dieser Tatsache gemäß hat sich die Neubildung einer neuen Gegenpartei, der „republikanischen Koalition“, vollzogen, die sich aus dem linken Flügel der Sozialisten, den Generalkomitees und Vertretern der sozialistischen Mehrheit wie Mitglieder zusammensetzt. Kurz alle Defizienten umfassen und ein dementsprechendes Verständigungs-Friedensprogramm vertritt. So steht der Lager allein auf einfacher Macht, unläuter von Feinden. Seine Schlägen, die militärischen wie politischen, sind verloren, sein Sturz erscheint so nur eine Frage der Zeit, und die Wachen des Regimes, in dem er sich verfangen hat, sind bereits zu eng und hart, als daß irgend ein Stützpunkt noch ihm Ausflucht hätte, sie mit schmerzhafter Gewalt zu zerbrechen.

Das Ende der englischen „Geldherrschaft“

Die Engländer, von allen Ländern, sind infolge ihrer unangehörigen Kriegsmittel, die sie im Gegensatz zu Deutschland zum Ziel im Ausland aufnehmen mußten, noch und mehr in ein Schuldbuch verzeichnet, das sich durch den Verlauf der Kämpfe vergrößert hat. Die nach dem Siege von westlichen Folgen begleitet sein dürfte. Schon jetzt ist, wie „Berliner Echo“, das Wort der notorischen Wieder, in einem bemerkenswerten Aufsatze vom 20. Februar d. J., die Verlegung des Finanzstellen im Schatzkammer der Welt zu London, nach dem 21. April 1918, die Verlegung der „Geldherrschaft“ nach London, heißt es denn weiter, „nicht daher, daß das mächtigste Reich auf Grund des Weltkrieges aus seinen eigenen finanziellen Quellen in einem solchen Maße schöpfen mußte, daß die Regierung sich schließlich gezwungen sah, zu Amerikas ökonomischen Beistand in einem Maße seine Zuflucht zu nehmen, wie man es früher für sein Verlangen annehmen konnte.“ Durch die neue Aussicht vorhanden, daß England in absehbarer Zukunft sich von diesem ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zu Amerika lösen könne, ist das es geraten ist. „Welt-Zeitung“ berichtet, daß die europäischen Einzelländer bis zum 30. Juni 1918 ihren gesamten Bedarf an den Vereinigten Staaten von Amerika um insgesamt 900 Millionen Pfund Sterling zu decken, wobei umgekehrt 900 Millionen Pfund Sterling in die Vereinigten Staaten zu fließen, wie bekannt, für den Zeitraum vom 1. April 1917 bis zum 30. Juni 1918 400 Millionen Pfund Sterling als Beihilfe für die Amerikaner benötigt. Von diesen beiden Summen hat England bis zum Oktober 1917 ungefähr die Hälfte aufgenommen. England allein hatte umgekehrt 400 Millionen Pfund demvort. Englands Stellung ist doppelt unangenehm, weil es im Verhältnis zu seinen Alliierten und seinen Kolonien jetzt wie ehemals Dänemark großen Götis ist, während seine Stellung als Amerikas größter Schuldner immer bedrohlicher wird. Bis jetzt hat England seinen Bundesgenossen und seinen „Dominionen“ in nur Summe 1320 Millionen Pfund Sterling geliehen. Die drei Kriegsjahren, welche England bisher unter seiner eigenen Bevölkerung aufgenommen hat, haben insgesamt 3100 Millionen Pfund Sterling eingebracht. Der ganze Kriegsbetrag, den das englische Vorkriegs bis zum heutigen Tage benötigt hat, beträgt sich auf eine 3300 Millionen Pfund Sterling.

Rachden festgestellt worden ist, daß in England keine große Aussicht vorhanden ist, sich sehr bedeutende inländische Kapitalien an weitere Kriegsausgaben zu binden — eine Aufgabe, die den gewöhnlichen Vorsprung, den Deutschland vor seinen Gegnern auf finanziellen Gebieten hat, kumpfen — kommt der Amerikaner, das heißt des Reiches, das dem England, daß England das seinen weltwirtschaftlichen Marktverhältnis an die Vereinigten Staaten von Nordamerika hat abtreten müssen. Da England Schuld Amerika gegenüber schon unangenehm ist, kann wohl an eine verhältnismäßig schnelle Rückzahlung an deren Gelde nicht gedacht werden. Diese Aufgabe könnte auch politische Folgen haben, da zwischen dem Vereinigten Staaten und den Amerikaner Stellen mitbewerben auf Verdrängung über einzelne Landgebiete innerhalb des geographischen Bereichs Amerika zu verdrängen würde. Es sind ja Gerüchte darüber in Umlauf gewesen, daß England (und Frankreich) einzelne der Inseln in Amerika gebieten Landverdrängen den Vereinigten Staaten für empfangene Darlehen „verpfänden“ haben. Der Öffentlichkeit ist natürlich nichts Näheres hierüber bekannt geworden. Aber die Geschichte weiß ja von verschiedenen anderen Verdrängungen, zu berichten, deren Einlösung später oft große Schwierigkeiten verursacht hat, zu unangenehm gewesen ist.

Das amerikanische Marinegeheimnis

Washington, 21. April. Das Repräsentantenhaus hat einstimmig das „Marinegeheimnis“ angenommen, das den Wert 1512 Millionen Dollar für Kriegszwecke zur Verfügung stellt.

Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik

Budapest, 22. April. Im Beirath des „Reiter Klubs“ wird ausgeführt, daß der Krieg die russische Gefahr für die Monarchie endgültig abgewendet habe und das Verbleiben der Monarchie nun darauf beruhen müsse, auch Serbien und Rumänien für die Zukunft unschädlich zu machen. Bulgarien, das für die Monarchie der Schlüssel gegen russische Irredentisten sei, habe sich in diesem Kriege als unzuverlässiger und wertvoller Bundesgenosse erwiesen und habe daher ein Recht darauf, daß seine Ansprüche von Seiten Oesterreich-Ungarns voll anerkannt und unterstellt würden. Die zukünftige Balkanpolitik der Monarchie müsse bestehen aus dem Verzicht der Unterwerfung Bulgariens angedacht, aber Bulgarien müsse nicht nur gefürchtet, sondern auch freundschaftlich mit dem Westkriege herangehen. Zur Erzielung der Bündnisfreundschaft Bulgariens könnte aber die Einberufung Beharabians in Rumänien nicht viel beitragen, denn diese würde nicht nur die in Befeharabien wohnenden 200 000 Bulgaren den Rumänen entziehen, sondern auch tatsächlich eine Stärkung Rumäniens bedeuten. Aber, abgesehen von bulgarischen Stimmungen, sei auch die Monarchie, insbesondere Ungarn, ganz unmittelbar an der beabsichtigten Frage interessiert, und es müsse vom Standpunkt seiner Interessen verlangen, daß Rumänien erst Broden seiner Unabhängigkeit gebe, bevor es einen Teil Befeharabiens erhalten könne, auf den nicht anderen ein begründetes Recht bestehe.

Baron Barons Berliner Reise

Berlin, 22. April. Wie die Westblätter wissen, wird die geplante Reise des Barons Barons nach Berlin verabschiedet werden, da Barons und Büchmann Ende nächster Woche nach Karlsruhe zu reisen beabsichtigen.

Gegen die rumänischen Kriegsheer

Bukarest, 22. April. In der Moldau hat sich unter der Bezeichnung Liga Patriotic (Bund der Eltern) eine Vereinigung gebildet, die mit äußerstem Nachdruck die Bestrafung jener fordert, die Rumänien in den Krieg gedrängt haben. Der neue Bund richtet an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem in leidenschaftlichen Worten der Erbitterung dreier Schichten des Volkes gegen die Politiker, die das Land ins Unglück stürzten, Ausdruck gegeben wird. Der Aufruf führt folgende Programmpunkte des neuen Bundes an: 1. Der Bund treibt seine Politik, er ist aus dem Schmerz und dem Willen der Nation hervorgegangen. 2. Der Bund wird von der Regierung verlangen, daß sie sofort nach Friedensschluß die Politiker zur Verantwortung ziehe, die das Vertrauen des Landes mißbraucht und das allgemeine Unglück verurtheilt. 3. Das Vermögen der schuldigen Politiker soll beschlagnahmt und für Unterstützung mittellose Eltern benötigt werden, die ihre Söhne im Kriege verloren haben.

Nahrungsmittelmangel in Italien

Berlin, 22. April. Wie aus italienischen Blättern ersichtlich ist, wird die Lebensmittelversorgung in Italien sehr knapp. Sie steht im Mittelpunkt der allgemeinen Notlage. In einigen Provinzen wird sieberst gearbeitet, um die Getreideproduktion zu erhöhen. „Giornale d'Italia“ sagt über die mangelhafte Situation in Italien: „In der Zeit der Weizenkrisis ist Italien wie an der Weltkrisis, da beide Getreidearten zu kurz gekommen sind. Als Ursache der ungenügenden Einfuhr bezeichnet das Blatt ganz offen den Weltkrieg, der sich immer mehr unangenehmer fühlbar macht.“

Beamtenverhaftungen in Rom

Rom, 21. April. Ueber die Verhaftung von drei Beamten des Munitionsministeriums hat der Abgeordnete Bertini eine Interpellation eingebracht. Wie die „Berliner Zeitung“ aus Rom erfährt, besteht unter der interventionistischen Gruppe der nationalen Verteidigung der Punkte darüber, wie weit die Bewegung gegen die Aktion des Munitionsministers Dall'Osso selbst gerichtet sei, da dessen Nichttritt die Stellung des Kabinetts gefährden könnte.

Armenische Grausamkeiten gegen die Muselmanen

Konstantinopel, 20. April. (Melbung der Telegraphen-Agentur Mill.) Während die Säupter der armenischen Propaganda mit Erbitterung sich dem Werte der Verleumdung gegen die Türken als angebliche Befürworter des armenischen Volkes hingeben, sehen Vandalen ihrer Stammesgenossen mit nicht geringerer Erbitterung das Wert der Ausbreitung gegen die unglückliche muslimanische Bevölkerung anderer sibirischen Provinzen Transkaukasien fort. Aus neuen Eingeheten, die uns zukommen, geht hervor, daß die Armenier, weit entfernt davon, den Gegenstand von Verfolgungen zu sein, sich als Verursacher einer internationalen grausamen Ausrottung betätigen. Die Zahl ihrer Opfer beläuft sich allein in der Gegend von Erivan auf 5000. Nach zuverlässigen Nachrichten dauerte das Blutbad eine Woche lang an, vom 18. bis 25. Februar. Mehr als 40 000 Muselmanen konnten allein dadurch dem Tode entgehen, daß sie die Flüsse ergriffen und ohne Obdach und ohne Nahrung unheimlichen. Unter den wenigen, die sich vermittelst eines Bootes von 70 000 Rubeln dem Blutbad entziehen konnten, befinden sich die Brüder Sabahi, Nias und Sodicha. In der Stadt Erivan wurden am 20. Februar hundert Muselmanen getötet, fünfzig verwundet, die muslimanischen Häuser zerstört und eine Moschee zerstört. Der Gesamtschaden wird auf hundert Millionen geschätzt.

Ein Aufgebot über vollständigen Gebiet

Amsterdam, 21. April. Die Allgemeine Handelskammer, hat gestern über Geband ein Aufgebot zwischen vier Pfingsten unbesetzter Nationalität stellt. Nachdem von niederländischer Seite das Feuer auf sie eröffnet war, verabschieden sie in weltlicher Richtung. Vermutlich ist eine der Hauptstädten ins Meer gestürzt.

Auf der Heimreise nach Deutschland

Rotterdam, 21. April. Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet: Die Dampfschiffe „Sindoo“ und „Zeeland“ werden heute abend einreisen. Sie bringen 82 Offiziere mit, die in Deutschland einquartiert werden sollen, ferns eines Offiziers, 5 Mann und 50 Mann Sanitätspersonal, (mit 135 Sanitätsmaterialien, die nach Deutschland gebracht werden.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 22. April 1918.

Am Vorschlagsmäßig von Bayer L. Breitenbach, Abgeordneter Dr. Busch eröffnete die Sitzung um 8 Uhr 16 Minuten.

Das Ansehen des verstorbenen Generals Friedr. v. Loos wurde durch Erheben von dem Eisen gepflegt.

Der Vizepräsident gebot die Johann des hochverehrten Erfolges der ersten Kriegskasse, der dazu beitragen wird, im neutralen Auslande wie bei unseren Gegnern die Überzeugung zu erwecken, daß, wie an der Front, auch beim die deutsche Kraft unerschrocken ist. Dieser finanzielle Sieg möge zur Erreichung eines dauernden Sieges beitragen. (Beifall.)

Eingekommen: Gegenstände, betreffend Aufhebung des § 158 C. d. und das Arbeitskammergesetz.

Die zweite Lesung des Gesetzes über die Reichs-Eisenbahnen wurde fortgesetzt.

Abg. Dr. Hueg (Wälder): Der Eisenbahnminister und das Verkehrsministerium der Militärbehörde gegenüber, besonders im Reichslande. Die Arbeiterlose sind vollkommen ungenügend. Das die lokalen und die Arbeiterbeitragszuschüsse ihren Überaufbau in Form eines Zentralauschusses in Berlin bekommen sollen, ist ein wesentlicher Fortschritt.

Abg. Graf Wulff (König): Den Antrag auf Revision des mit Herrn Schöning abgeschlossenen Vertrages lehnen wir ab. Der Vertrag ist gültig abgeschlossen. Die Firma ist leistungsfähig und bietet Gewähr für eine würdige Aufgestaltung der Werke.

Abg. Dr. Quard (Sog.): Die Arbeiterbeiträge genügen uns nicht. Es sprechen immer noch politische Rücksichten bei ihrer Zusammenfassung mit. Der Vertrag mit der Firma Schöning muß entschieden geändert werden. Man hätte ein Staatsmonopol schaffen oder die Verpachtung der Eisenbahnwerke ausfinden sollen.

Staatsminister v. Breitenbach: Die Arbeiterbeiträge sind bei der Reichs-Eisenbahn nicht erhöht worden. Die Erhaltung eines leistungsfähigen Arbeiterstandes ist Gegenstand unserer dauernden Sorge. Eine Revision des gültig abgeschlossenen Vertrages mit der Firma Schöning ist rechtlich nicht möglich. Eine öffentliche Ausschreibung ist in bezuglichen Dingen nicht möglich, der Preis der Waren ist zu hoch. (Sehr richtig!) Das finanzielle Interesse wird schon berücksichtigt werden, wenn das Unternehmen sich in gewinnreicher Weise entwickeln wird.

Der Antrag auf Revision des Vertrages wird bei außerordentlich scharfer Beilegung des Kaufes abgelehnt und der Kaufhülle bewilligt.

Es folgte der Ausspruch des Reichstages. Es lag hier ein vorläufiger Antrag vor auf unerbittliche Einberufung der im vorigen Jahre beschlossenen Sachkommission zur Prüfung der Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens und Einbeziehung der Wasserstraßen und zur Ausarbeitung einer Denkschrift hierüber.

Stellvertreter des Reichstages von Bayern: Die verhängten Regierungen stehen auf dem gleichen Standpunkt wie die vorjährige Entschließung. Erst später wird die Einbeziehung der Wasserstraßen aus praktischen Gründen möglich sein. Es würde wenig Zweck haben, daß die Sachkommission zusammentritt, ohne daß das Material vorhanden ist, das die Bundesregierungen nicht sofort liefern können.

Abg. Ulrich (Sog.): Die Sache steht doch sehr nach Belieben, und wir haben alle Ursache, auf mögliche Beilegung zu bringen, um die letzten unvollständigen Zustände so schnell als möglich zu beseitigen. Im Reichs-Eisenbahnamt wird ein neues Arbeitsfeld eröffnet werden.

Abg. Müller-Meinungen (r. W.): Wenn der gute Wille vorhanden gewesen wäre, so hätte man in den 18 Monaten, die seit Annahme unserer Entschließung verstrichen sind, wohl etwas tun können. Eine Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens ist absolut notwendig (Widerstand im Zentrum), auch Bayern wird zu dieser Einsicht kommen. Der ganze Plan der Überengung steht auf dem Eisenbahnvertratte. (Wahl na)

Staatsminister von Breitenbach: Wie der Vorredner angeht die vielenfachen Leistungen der Eisenbahn während des Krieges von einem Eisenbahnvertratte sprechen kann, ist gänzlich unerheblich. (Sehr richtig!) Es ist vollkommen falsch, unsere Betriebsmittel, eigentlich noch als Bruch zu bewerten. Der Lokomotivpark wird voll aufrechterhalten, so daß ich trotz Anerkennung der Schwierigkeiten der Zukunft in Ruhe entgegenstehe.

Abg. Schürmer (Str.): Der Antrag ist wenig stichhaltig und mit ungenügenden Überlegungen begründet worden. Es fragt sich, ob ein betriebliches Eisenbahnwesen so auf der Höhe geblieben wäre. Erst als ein Zentral-Militärische Stelle eintritt, ist eine gewisse Unsicherheit in den Betrieb hineingekommen.

Nach weiteren Bemerkungen verschiedener Abgeordneter schließt die Aussprache. Persönlich erklärt Dr. Müller-Meinungen, er habe nicht von dem Verkehrswesen im ganzen gesprochen, sondern von dem trostlosen Zustand der technischen Einrichtungen.

Die Abstimmung über den Antrag erfolgt in dritter Lesung.

Der Kaufhülle des Reichs-Eisenbahnwesens wird bewilligt, ebenso ohne Ausnahme der Kaufhülle des Reichstages.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Anträge, erste Lesung der Steuerentwürfe. — Schluß nach 3 Uhr 50 Min.

Die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit Berlin, 22. April. Die Mitteilung einer Vorrede, die zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit Verhandlungen über die Außerkräftung der Friedensresolution vom letzten Sommer schwören, ist, wie die „Nord. Wts. Ztg.“ meldet, unrichtig.

Generaloberst von Falkenhayn beim Reichstagsler Berlin, 22. April. Der Reichstagsler Graf Hertling empfing heute im Großen Saalpalast, die Generaloberstcur in Belgien General-Daupten von Falkenhayn.

Rückreise des Prinzen Gohendise nach Berlin Berlin, 22. April. Der Österreichische Generaloberst Eduard Prinz von Salm-Ladau ist heute nach Berlin abgereist.

